

Auswertung MDRfragt:

Politik in der Krise: Wie steht's um Deutschland?

Befragungszeitraum: 30.11. - 02.12.2022

26.941 Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Die Ergebnisse in der Übersicht:

Freie Meinungsäußerung

8 von 10 sehen freie Meinungsäußerung eingeschränkt

Knapp jeder Zweite hat Angst vor öffentlicher Meinungsäußerung

Angst vor öffentlicher Meinungsäußerung ist in den sozialen Medien und auf Arbeit besonders stark

Arbeit der Bundesregierung

Vertrauen in die Bundesregierung ist in mehreren Bereichen mehrheitlich nicht gegeben

8 von 10 finden nicht, dass Bundesregierung sich ausreichend um Ostbelange kümmert

Russland-Politik

Ein Drittel fordert: Keine Sanktionen gegen Russland

8 von 10 halten gute Beziehungen zu Russland für wichtig

Arbeit des Bundespräsidenten

Jeder Zweite sieht Erwartungen an das Amt des Bundespräsidenten durch Frank-Walter Steinmeier erfüllt

Drei Viertel halten Ortszeiten des Bundespräsidenten für wichtig

Jeder Zweite sieht Ostbelange durch Ortszeiten nicht besser wahrgenommen

Die Ergebnisse im Detail:

8 von 10 sehen freie Meinungsäußerung eingeschränkt

Mehr als drei Viertel (78 Prozent) der Befragungsteilnehmenden stimmen der Aussage zu, dass man heutzutage aufpassen muss, zu welchen Themen man sich wie äußert. 21 Prozent teilen diese Ansicht jedoch nicht. Zudem sind ebenfalls mehr als drei Viertel (78 Prozent) der Meinung, dass es heutzutage ungeschriebene Gesetze gibt, welche Meinungen akzeptabel und zulässig sind und welche eher tabu sind. 20 Prozent sehen dies hingegen anders.

Frage: Wie stehen Sie zu den folgenden Aussagen?

● keine Angabe ● stimme (eher) zu ● stimme (eher) nicht zu

Heutzutage muss man aufpassen, zu welchen Themen man sich wie äußert.



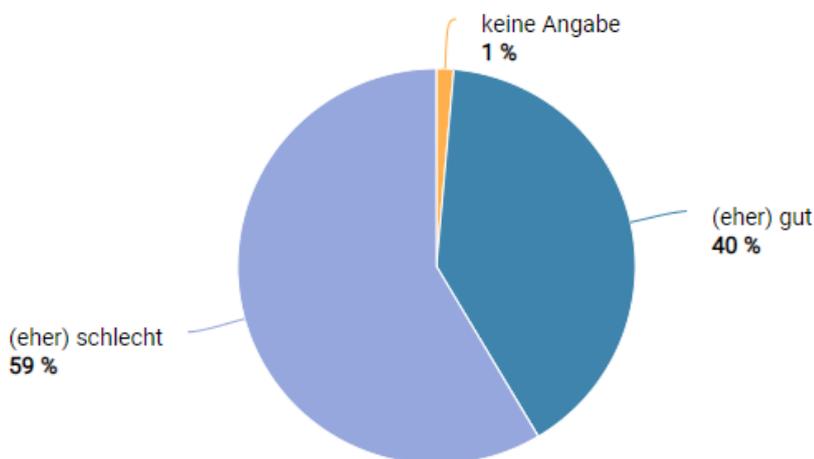
Heutzutage gibt es ungeschriebene Gesetze, welche Meinungen akzeptabel und zulässig sind und welche eher tabu.



Deutliche Mehrheit denkt, es sei schlecht um die Meinungsfreiheit in Deutschland bestellt

Die Meinungsfreiheit ist als Grundrecht in der Verfassung verankert. Die deutliche Mehrheit (59 Prozent) der Befragungsteilnehmenden denkt jedoch, dass es derzeit schlecht um die Meinungsfreiheit in Deutschland bestellt ist. 40 Prozent teilen diese Ansicht nicht – sie denken, dass es derzeit gut um die Meinungsfreiheit in Deutschland bestellt ist.

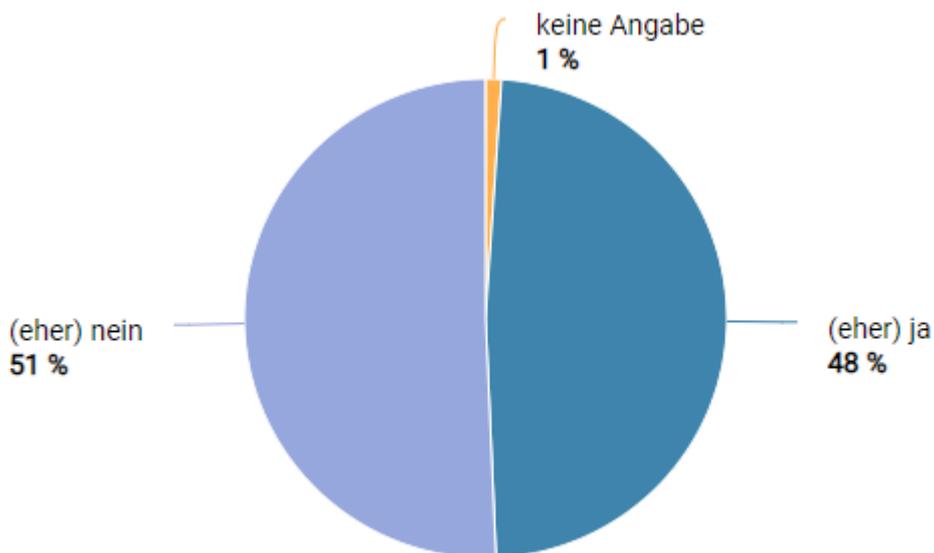
Frage: Kommen wir nun zum Thema Meinungsfreiheit - ein Grundrecht, das in der Verfassung verankert ist. Alles in allem: Was haben Sie für einen Eindruck - wie ist es um die Meinungsfreiheit in Deutschland bestellt?



Knapp jeder Zweite hat Angst vor öffentlicher Meinungsäußerung

48 Prozent der MDRfragt-Mitglieder, die an der Befragung teilgenommen haben, empfinden hin und wieder Angst, ihre Meinung öffentlich zu äußern. Die zweite Hälfte (51 Prozent) der Befragungsteilnehmenden teilt diese Ansicht jedoch nicht.

Frage: Wie ist es bei Ihnen persönlich: Haben Sie hin und wieder Angst, Ihre Meinung öffentlich zu sagen?

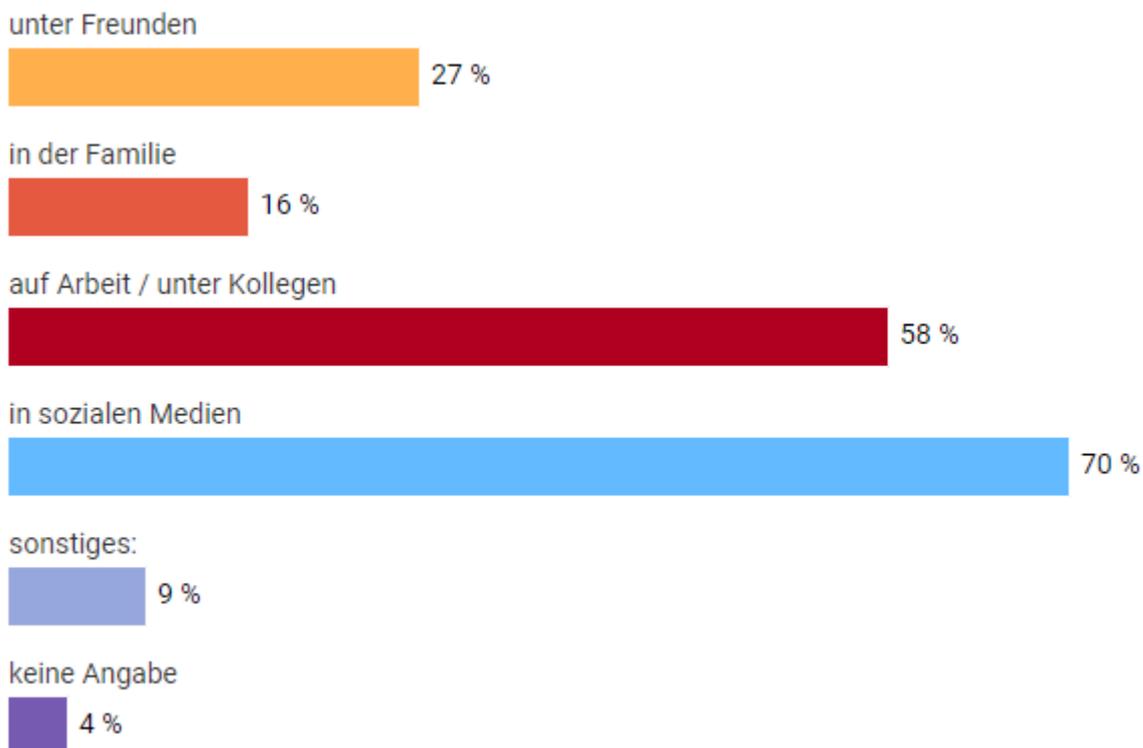


Angst vor öffentlicher Meinungsäußerung ist in den sozialen Medien und auf Arbeit besonders stark

Diejenigen, welche hin und wieder Angst davor haben, ihre Meinung öffentlich zu äußern, empfinden diese in verschiedenen Bereichen unterschiedlich stark:

- 7 von 10 (70 Prozent) Befragungsteilnehmenden haben Angst davor, ihre Meinung in den sozialen Medien zu äußern.
- Mehr als die Hälfte (58 Prozent) hat zudem Angst, die eigene Meinung auf Arbeit bzw. den Kollegen mitzuteilen.
- Darüber hinaus empfindet mehr als ein Viertel (27 Prozent) Angst, seine Meinung unter Freunden zu äußern.
- 16 Prozent haben Angst davor, die eigene Meinung im Kreis der Familie mitzuteilen.

Frage: In welchen Kreisen haben Sie Angst davor, Ihre Meinung zu sagen? Sie können alles auswählen, was auf Sie zutrifft.



Vertrauen in die Bundesregierung ist in mehreren Bereichen mehrheitlich nicht gegeben

Auf die Frage hin, wie groß aktuell das Vertrauen der Befragungsteilnehmenden in die Bundesregierung ist, dass diese die richtigen Entscheidungen trifft, zeigen sich in verschiedenen Bereichen folgende Ergebnisse:

- Im Hinblick auf den Russland-Ukraine-Konflikt denken 51 generell nicht, dass die Bundesregierung hier die richtigen Entscheidungen trifft. Etwas weniger als ein Drittel (31 Prozent) hat hierbei etwas Vertrauen in die Bundesregierung. Großes Vertrauen haben hingegen 15 Prozent.
- Bei der Bekämpfung der Inflation hat die Hälfte (50 Prozent) der Befragungsteilnehmenden kein Vertrauen in die Bundesregierung. Mehr als ein Drittel (36 Prozent) hat hingegen etwas Vertrauen. Groß ist dieses bei 12 Prozent.
- Zudem denken 50 Prozent nicht, dass die Bundesregierung in der Energiekrise die richtigen Entscheidungen trifft. Etwa ein Drittel (34 Prozent) hat hierbei etwas Vertrauen – 15 Prozent haben darüber hinaus großes Vertrauen.
- Größer ist das Vertrauen in die Bundesregierung im Hinblick ihre Entscheidungen in der Klimakrise. 42 Prozent haben etwas Vertrauen, dass hier die richtigen Entscheidungen getroffen werden. Demgegenüber schenken jedoch 40 Prozent der Bundesregierung auch hier kein Vertrauen. 12 Prozent haben in diesem Bereich jedoch wiederum großes Vertrauen.
- Auch in Bezug auf die Corona-Krise ist das Vertrauen der Befragungsteilnehmenden in die Bundesregierung etwas größer. 37 Prozent haben etwas Vertrauen in die Regierung, dass diese hier die richtigen Entscheidungen trifft. Weitere 37 Prozent haben hierbei jedoch kein Vertrauen. Knapp ein Viertel (23 Prozent) hat demgegenüber jedoch großes Vertrauen in die Bundesregierung.

5

Frage: Wie groß ist aktuell Ihr Vertrauen in die Bundesregierung, dass sie die richtigen Entscheidungen trifft?

● (eher) klein ● nicht vorhanden ● keine Angabe ● (eher) groß

in der Energiekrise



bei der Bekämpfung der Inflation



im Russland-Ukraine-Konflikt



in der Coronakrise



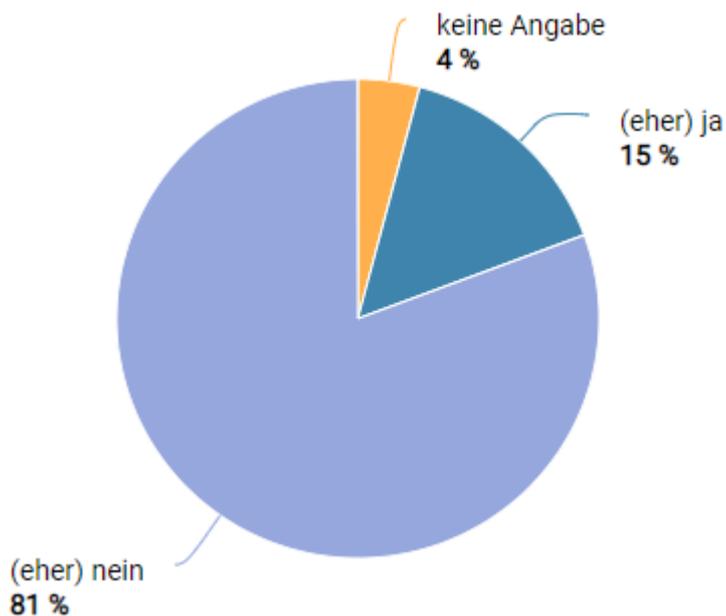
in der Klimakrise



8 von 10 finden nicht, dass Bundesregierung sich ausreichend um Ostbelange kümmert

Im Hinblick auf die Wahrnehmung von Ostbelangen, gaben 81 Prozent der Befragungsteilnehmenden an, dass sich die Bundesregierung ihrer Ansicht nach nicht ausreichend um die Belange der Menschen in Ostdeutschland kümmert. 15 Prozent teilen diese Ansicht hingegen nicht.

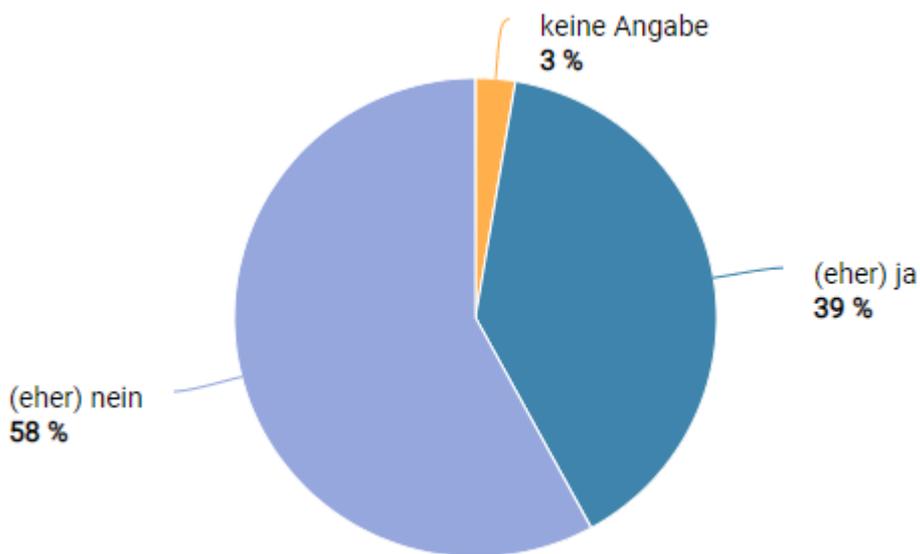
Frage: Kommen wir nun noch einmal kurz zur Bundesregierung: In der kommenden Woche ist die "Ampel-Regierung" aus SPD, FDP und Grünen ein Jahr im Amt. Finden Sie, dass sich die Bundesregierung in ausreichendem Maße um die Belange der Menschen in Ostdeutschland kümmert?



Mehrheit hält Sanktionen nicht für sinnvolles Mittel der internationalen Politik

Für 58 Prozent der Befragungsteilnehmenden stellen Sanktionen im Allgemeinen kein sinnvolles Mittel der internationalen Politik dar. Demgegenüber sind 39 Prozent der Ansicht, dass diese durchaus sinnvoll sind.

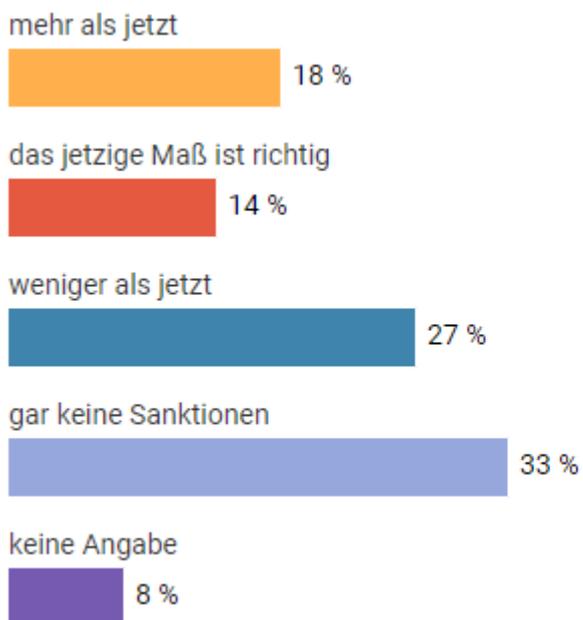
Frage: In den nächsten Fragen geht es um die Beziehungen zu Russland. Zunächst ganz allgemein: Halten Sie Sanktionen grundsätzlich für ein sinnvolles Mittel der internationalen Politik?



Ein Drittel fordert: Keine Sanktionen gegen Russland

Auf die Frage hin, welches Maß an Sanktionen sich die Befragungsteilnehmenden in der aktuellen Situation gegen Russland wünschen, gab ein Drittel (33 Prozent) an, dass es derzeit gar keine Sanktionen gegen Russland geben sollte. Mehr als ein Viertel (27 Prozent) fordert weniger Sanktionen als jetzt. Demgegenüber sind 18 Prozent der Ansicht, es sollte mehr Sanktionen gegen Russland geben und 14 Prozent erachten das aktuelle Maß an Sanktionen für richtig.

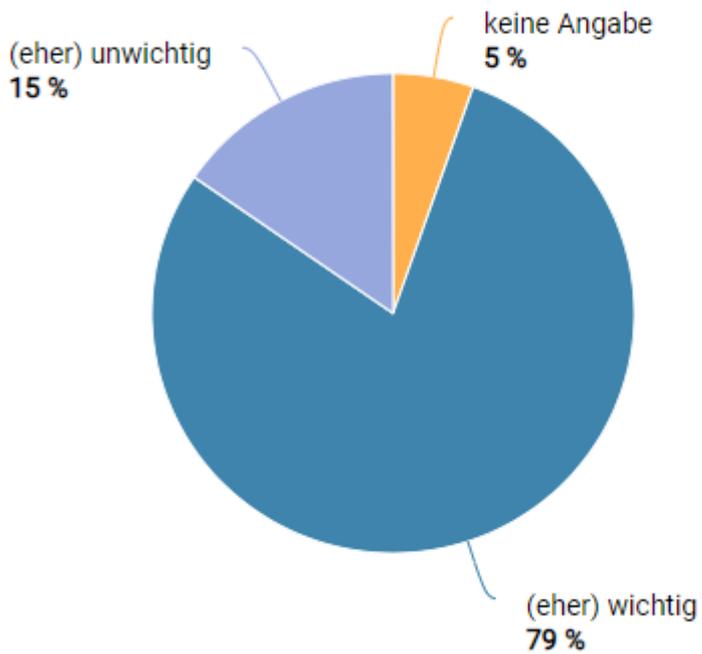
Frage: Und welches Maß an Sanktionen wünschen Sie sich in der aktuellen Situation gegen Russland?



8 von 10 halten gute Beziehungen zu Russland für wichtig

79 Prozent der Befragungsteilnehmenden finden es darüber hinaus wichtig, dass Deutschland gute Beziehungen zu Russland hat. 15 Prozent halten das hingegen für unwichtig.

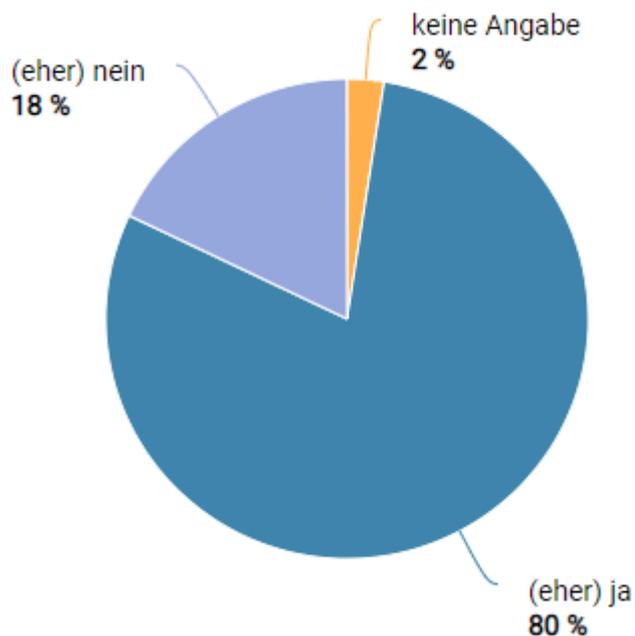
Frage: *Wie wichtig finden Sie es, dass Deutschland gute Beziehungen zu Russland hat?*



80 Prozent denken, dass der Krieg in der Ukraine und die deutsche Russlandpolitik zur Spaltung der Gesellschaft führt

80 Prozent der Befragungsteilnehmenden sind der Ansicht, dass der Krieg in der Ukraine und die deutsche Russlandpolitik zu einer Spaltung in der Gesellschaft führt. 18 Prozent denken nicht, dass dies der Fall ist.

Frage: Denken Sie, dass der Krieg in der Ukraine und die deutsche Russlandpolitik zu einer Spaltung in der Gesellschaft führt?

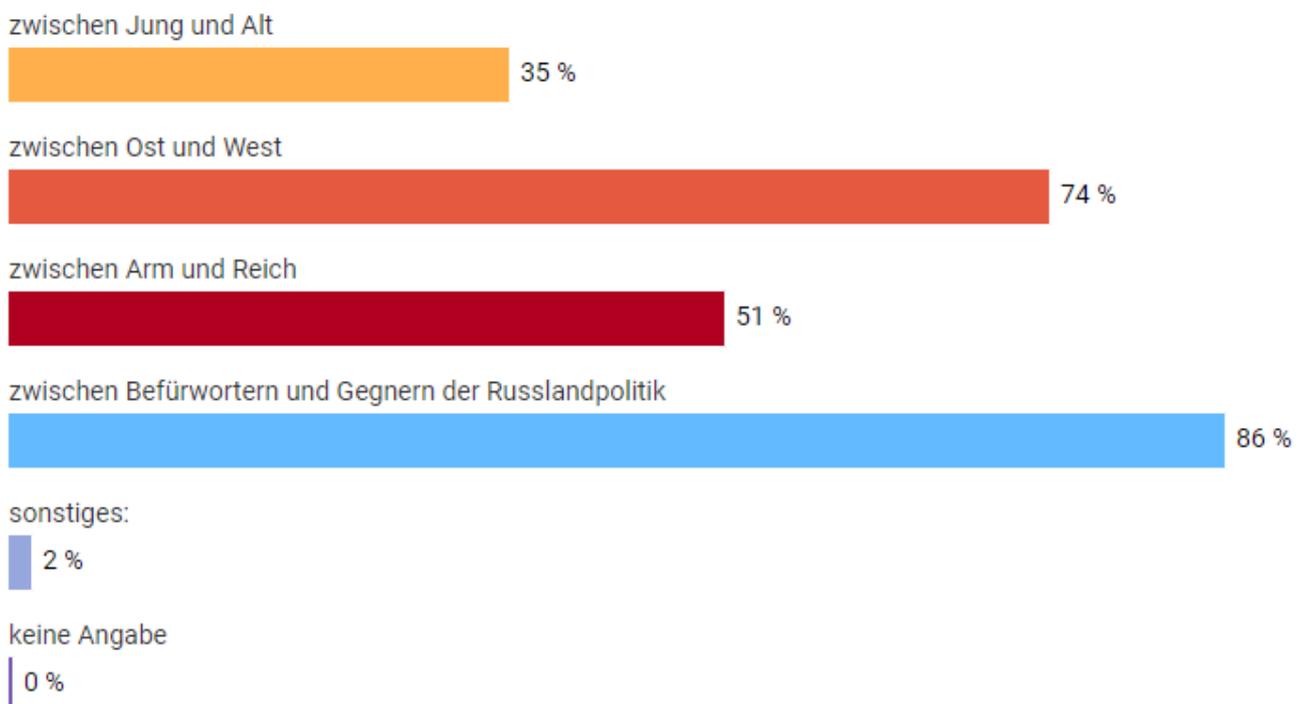


Drei Viertel derjenigen, die eine Spaltung der Gesellschaft durch den Krieg in der Ukraine und die deutsche Russlandpolitik befürchten, sehen diese Spaltung zwischen Ost und West

Diejenigen, welche eine Spaltung der Gesellschaft durch den Krieg in der Ukraine und die deutsche Russlandpolitik befürchten, erwarten diese Spaltung in verschiedenen Bereichen unterschiedlich stark:

- 86 Prozent denken, dass die Spaltung zwischen den Befürwortern und den Gegnern der Russlandpolitik bestehen wird.
- Drei Viertel 74 Prozent erwarten eine Spaltung zwischen Ost und West.
- Mehr als die Hälfte (51 Prozent) befürchtet zudem eine Spaltung zwischen Arm und Reich.
- Darüber hinaus denkt mehr als ein Drittel (35 Prozent), dass sich eine Spaltung zwischen Jung und Alt vollziehen wird.

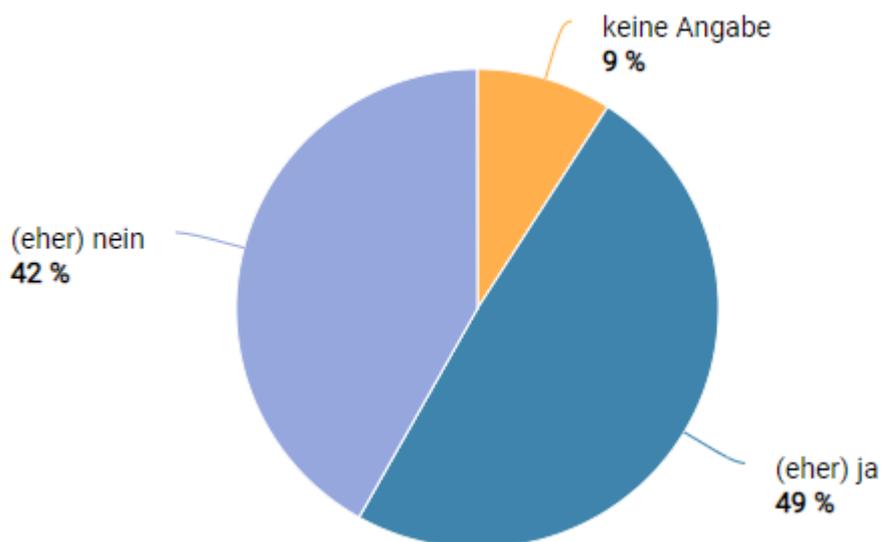
Frage: In welchen Bereichen denken Sie, könnte das Thema zu einer Spaltung führen? Sie können alles auswählen, was auf Sie zutrifft.



Jeder Zweite sieht Erwartungen an das Amt des Bundespräsidenten durch Frank-Walter Steinmeier erfüllt

49 Prozent der MDRfragt-Mitglieder, die an der Befragung teilgenommen haben, sehen ihre Erwartungen an das Amt des Bundespräsidenten durch Frank-Walter Steinmeier erfüllt. Demgegenüber finden 42 Prozent nicht, dass Frank-Walter Steinmeier als Bundespräsident ihre Erwartungen erfüllt.

Frage: Und ganz persönlich: Erfüllt Frank-Walter Steinmeier Ihre Erwartungen an das Amt des Bundespräsidenten?

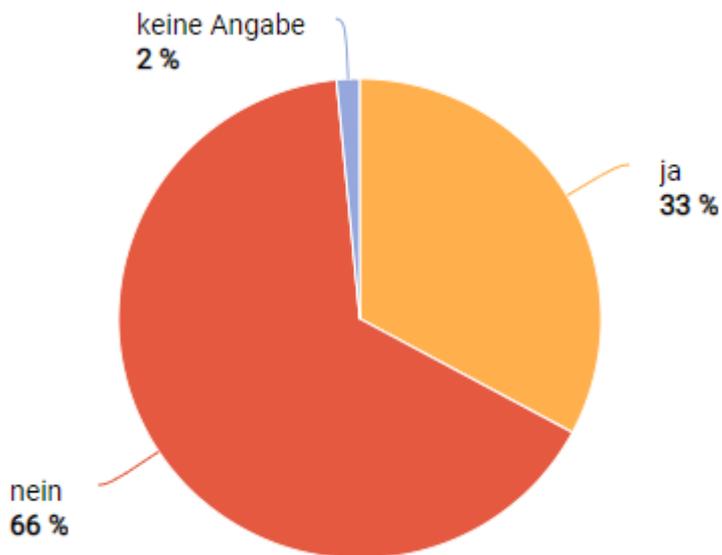


Zwei Drittel haben Ortszeiten des Bundespräsidenten nicht mitbekommen

Bei seiner "Ortszeit" hat Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in den vergangenen Monaten seinen Amtssitz in verschiedene Orte verlegt, um vor Ort in den direkten Austausch mit Menschen überall im Land zu kommen. Dabei war er unter anderem in Altenburg in Thüringen und Quedlinburg in Sachsen-Anhalt und kommt Anfang Dezember zum Abschluss nach Freiberg in Sachsen.

Zwei Drittel (66 Prozent) der Befragungsteilnehmenden haben die Besuche des Bundespräsidenten in den Regionen jedoch nicht mitbekommen. Ein Drittel (33 Prozent) hingegen schon.

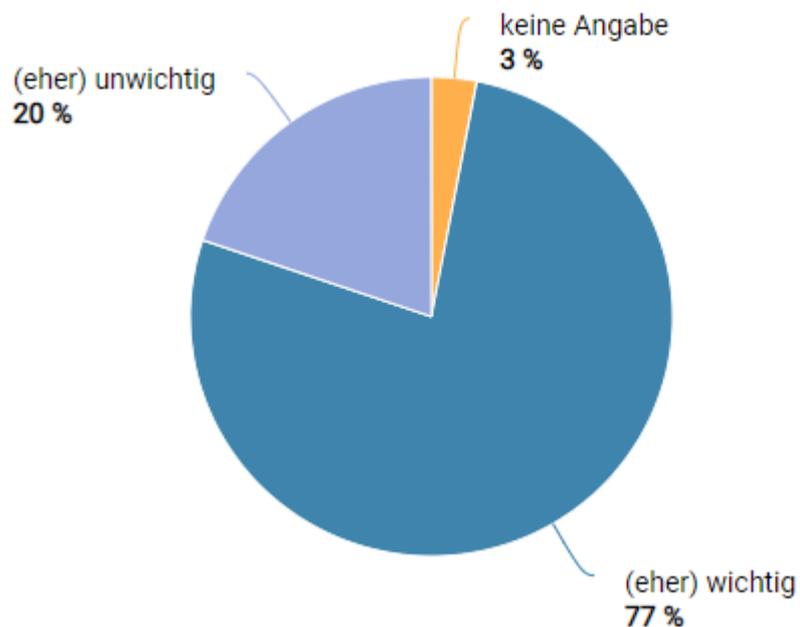
Frage: Bei seiner "Ortszeit" hat Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in den vergangenen Monaten seinen Amtssitz in verschiedene Orte verlegt, um vor Ort in den direkten Austausch mit Menschen überall im Land zu kommen. Dabei war er unter anderem in Altenburg in Thüringen und Quedlinburg in Sachsen-Anhalt und kommt Anfang Dezember zum Abschluss nach Freiberg in Sachsen. Haben Sie diese Besuche des Bundespräsidenten in den Regionen mitbekommen?



Drei Viertel halten Ortszeiten des Bundespräsidenten für wichtig

Unabhängig davon, ob die Befragungsteilnehmenden Kenntnis von den Ortszeiten des Bundespräsidenten hatten, halten mehr als drei Viertel (77 %) diese für wichtig. Ein Fünftel (20 Prozent) ist hingegen nicht der Ansicht, dass diese wichtig sind.

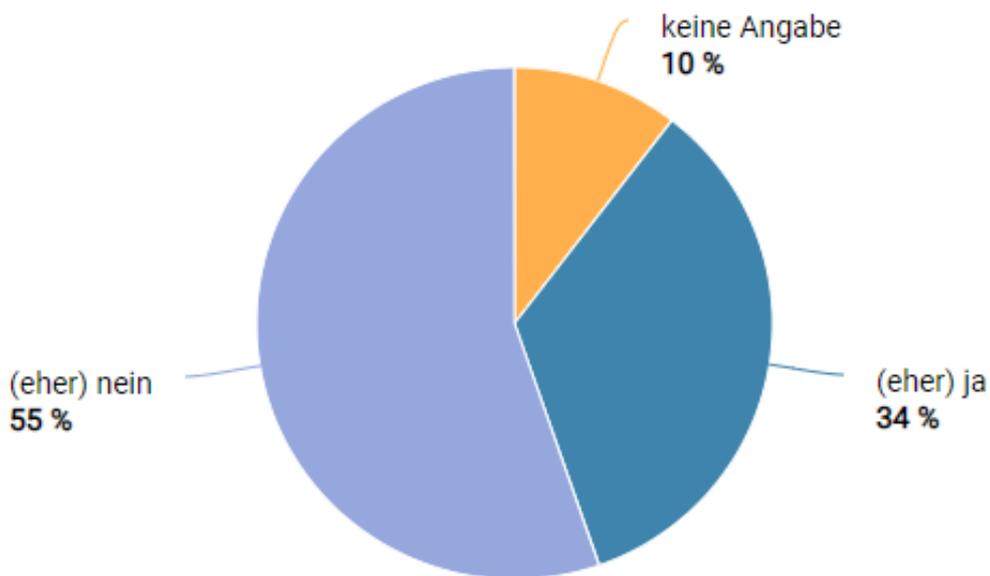
Frage: Wie finden Sie das Ansinnen des Bundespräsidenten, mehr vor Ort zu sein und mit den Menschen ins Gespräch zu kommen?



Mehrheit denkt nicht, dass Ortszeiten etwas bewirken

Auch wenn mehr als drei Viertel (77 Prozent) die Ortszeiten des Bundespräsidenten für wichtig halten, denkt die Mehrheit (55 Prozent) der Befragungsteilnehmenden nicht, dass diese tatsächlich etwas bringen. Ein Drittel (34 Prozent) geht jedoch davon aus, dass diese einen Effekt haben.

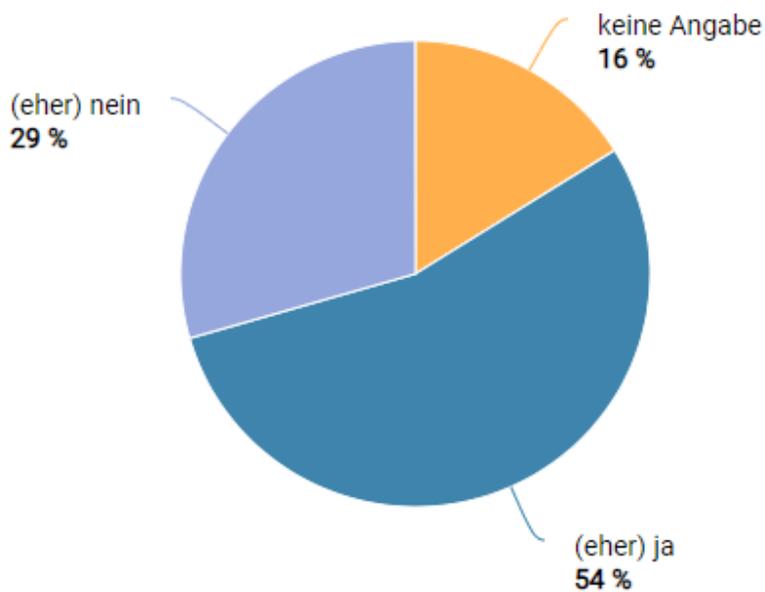
Frage: Finden Sie, die "Ortszeiten" bringen tatsächlich etwas?



Mehrheit wünscht sich Fortsetzung der Ortszeiten

Insgesamt betrachtet, wünscht sich die Mehrheit (54 Prozent) der MDRfragt-Mitglieder, die sich an der Befragung beteiligt haben, dass der Bundespräsident auch künftig seinen Amtssitz zeitweise in unterschiedliche Landesteile verlegt. 29 Prozent lehnen dies hingegen ab.

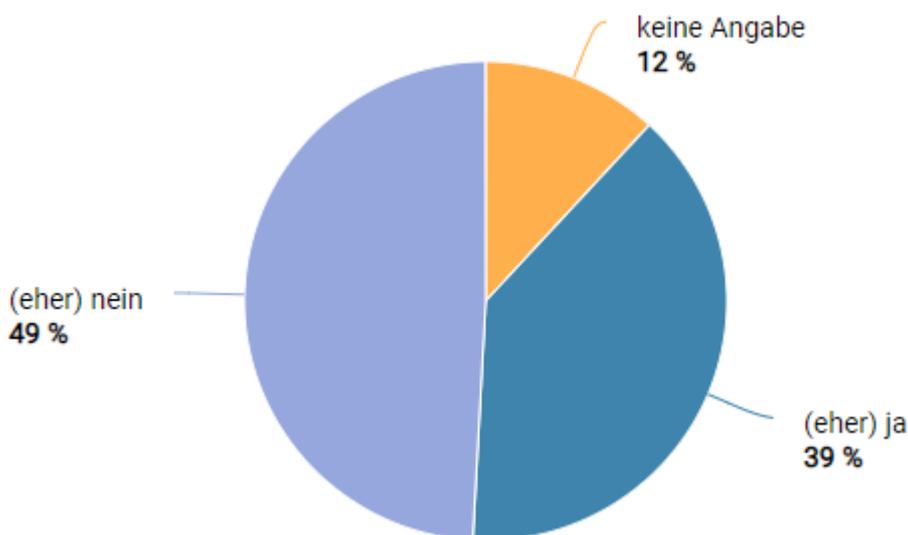
Frage: Würden Sie sich wünschen, dass der Bundespräsident auch künftig seinen Amtssitz zeitweise in unterschiedliche Landesteile verlegt?



Jeder Zweite sieht Ostbelange durch Ortszeiten nicht besser wahrgenommen

Bis auf eine Station waren alle "Ortszeiten" des Bundespräsidenten in Ostdeutschland. Die knappe Mehrheit (49 Prozent) der Befragungsteilnehmenden hat jedoch nicht das Gefühl, dass der Bundespräsident damit den Herausforderungen und Themen der Menschen in Ostdeutschland besser gerecht wird, als in den Jahren zuvor. Mehr als ein Drittel (39 Prozent) ist hingegen der Ansicht, dass der Bundespräsident den Ostbelangen durch die Ortszeiten besser gerecht wird.

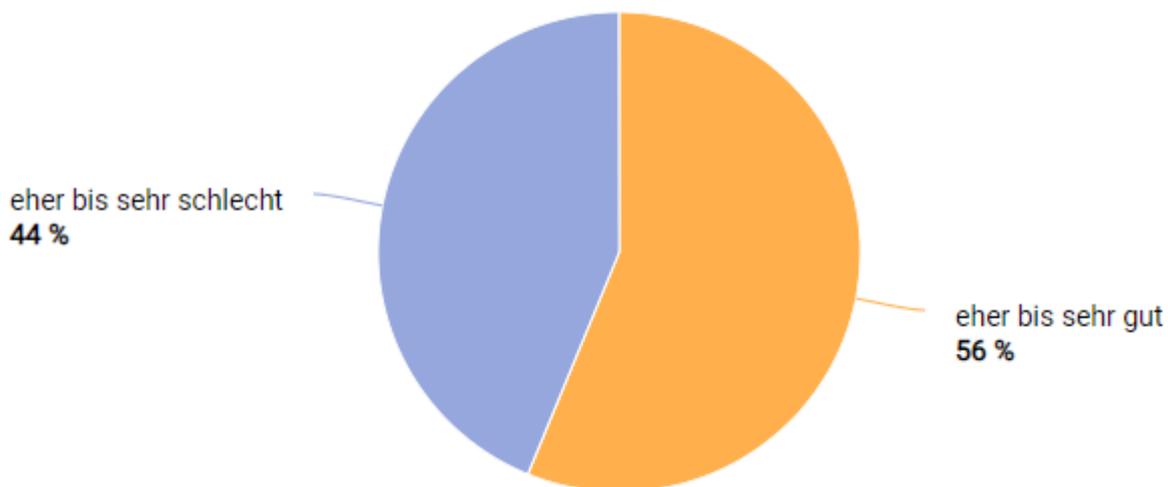
Frage: Bis auf eine Station waren alle "Ortszeiten" des Bundespräsidenten in Ostdeutschland. Haben Sie das Gefühl, der Bundespräsident wird damit den Herausforderungen und Themen der Menschen hier in der Region besser gerecht als in den Jahren zuvor?



4 von 10 fühlen sich derzeit schlecht

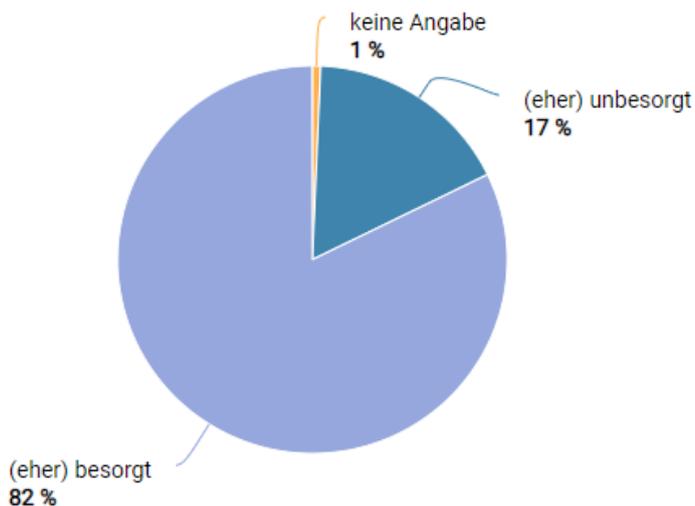
Preissteigerungen, Energiekrise, Krieg in der Ukraine und immer noch Corona prägen derzeit die Lage in Deutschland, Europa und der Welt. Trotz dieser Situation, gab die Mehrheit (56 Prozent) der Befragungsteilnehmenden an, dass es ihnen aktuell gut geht. 44 Prozent gaben hingegen an, dass es ihnen derzeit schlecht geht.

Frage: Preissteigerungen, Energiekrise, Krieg in der Ukraine und immer noch Corona: Wie geht es Ihnen derzeit in der aktuellen Situation?



8 von 10 sind derzeit besorgt

82 Prozent der MDRfragt-Mitglieder, die sich an der Umfrage beteiligt haben, gaben an, derzeit besorgt zu sein. Unbesorgt sind hingegen 17 Prozent.

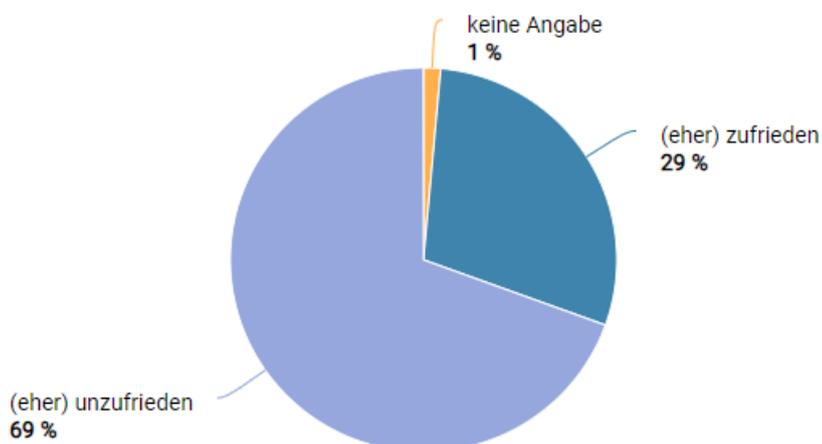


Frage: Und wie würden Sie Ihre aktuelle Gefühlslage alles in allem beschreiben?

19 Mehr als zwei Drittel sind mit dem Funktionieren der Demokratie unzufrieden

Mehr als zwei Drittel (69 Prozent) der MDRfragt-Mitglieder, die an der Befragung teilgenommen haben, sind mit der Demokratie, so wie sie im Moment in Deutschland funktioniert, unzufrieden. Mehr als ein Viertel (29 Prozent) ist demgegenüber mit dem derzeitigen Funktionieren der Demokratie zufrieden.

Frage: Alles in allem: Wie zufrieden sind Sie mit der Demokratie, so wie sie im Moment in Deutschland funktioniert?



Hinweise zur Auswertung

Die Befragung vom 30.11. - 02.12.2022 stand unter der Überschrift:

Politik in der Krise: Wie steht's um Deutschland?

Insgesamt sind bei MDRfragt 62.963 Menschen aus Mitteldeutschland angemeldet (Stand 02.12.2022, 01 Uhr).

26.941 Menschen aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen haben online an dieser Befragung teilgenommen. Davon sind 54 Prozent aktuell hauptberuflich berufstätig (angestellt, selbstständig oder in Ausbildung).

Verteilung nach Altersgruppen:

| | |
|------------------|---------------------|
| 16 bis 29 Jahre: | 324 Teilnehmende |
| 30 bis 49 Jahre: | 3.811 Teilnehmende |
| 50 bis 64 Jahre: | 11.351 Teilnehmende |
| 65+: | 11.455 Teilnehmende |

Verteilung nach Bundesländern:

| | |
|-----------------|---------------------|
| Sachsen: | 13.993 (52 Prozent) |
| Sachsen-Anhalt: | 6.536 (24 Prozent) |
| Thüringen: | 6.412 (24 Prozent) |

Verteilung nach Geschlecht:

| | |
|-----------|---------------------|
| Weiblich: | 11.383 (42 Prozent) |
| Männlich: | 15.500 (58 Prozent) |
| Divers: | 58 (0,02 Prozent) |

Die Ergebnisse der Befragung sind nicht repräsentativ. Wir haben sie allerdings in Zusammenarbeit mit dem wissenschaftlichen Beirat nach den statistischen Merkmalen Bildung, Geschlecht und Alter gewichtet. Das heißt, dass wir die Daten der an der Befragung beteiligten MDRfragt-Mitglieder mit den Daten der mitteldeutschen Bevölkerung abgeglichen haben.

Aufgrund von Rundungen kann es vorkommen, dass die Prozentwerte bei einzelnen Fragen zusammengerechnet nicht exakt 100 ergeben.